

Neumarkt 10
42103 Wuppertal
Telefon: 563 – 23 17
Fax: 0202 / 563 – 80 38
E-Mail: heike.berg@stadt.wuppertal.de

Protokoll der Sitzung des Behindertenbeirates

Sitzungsdatum: 24.09.2003
Sitzungsbeginn: 16.30 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Rathaus – Neubau, Große Flurstraße 10, 42269 Wuppertal, Raum 282

Sitzungsteilnehmer/-innen:

Herr Engels, Herr Werner, Herr Cramer, Herr Norf, Herr Küpper, Herr Krefting,
Frau Leutheuser, Frau Winkler-Rohlfing, Herr Reinshagen, Frau Glaser, Herr Gerhards,
Herr Altenfeld, Frau Witt, Frau David, Herr Heilmann, Herr Stv. Blume, Frau Simon,
Herr Stv. Ramette, Herr Steinberg, Herr Dawin, Herr Schöpp, Herr Hansen, Herr Dr. Kühn,
Herr Temme, Frau Dahlheim, Frau Krautmacher, Herr Schmidt-Hütter

Entschuldigt: Herr Hadjandreou, Frau Winkler-Rohlfing, Herr Witte, Herr Heise, Frau Neubauer,
Herr Lenz

Zu TOP 1: Begrüßung

Herr Engels begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zu TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

Die TO wird – wie vorgelegt – genehmigt.

Zu TOP 4: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Behindertenbeirates vom 21.05.2003

Das Protokoll wird genehmigt.

Zu TOP 5: Neues stellvertretendes Mitglied Herr Altenfeld

Herr Engels stellt Herrn Altenfeld – Stadtverband der Gehörlosenvereine – als neues stv. Mitglied
des Beirates vor

Zu TOP 6: Aufnahme des Behindertenbeirates der Stadt Wuppertal in die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal

Herr Engels erläutert, dass der Entwurf des Antrags für die Satzungsänderung nach dem Vorbild der Stadt Remscheid erstellt wurde: Dort ist über die Verankerung in der Hauptsatzung eine Teilnahme von VertreterInnen des Behindertenbeirats an allen parlamentarischen Gremien gesichert.

Für Wuppertal wird primär die Beteiligung in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Kultur, Schule Sport sowie im Bauausschuss als notwendig erachtet, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben zu agieren statt nur zu reagieren.

Herr Dr. Kühn schlägt weiterhin eine Beteiligung am Werksausschuss Gebäudemanagement vor, stellt jedoch in Frage, ob eine Aufnahme in die Hauptsatzung automatisch ein Delegationsrecht in die parlamentarischen Gremien beinhaltet. Herr Temme stellt klar, dass die zuständige Justiziarin des Rechtsamtes diese Frage unter Hinweis auf die Gemeindeordnung verneint hat.

In der Diskussion wird daher vorgeschlagen, die Delegation in die Gremien durch einen separaten Antrag sicher zu stellen, unabhängig davon den Behindertenbeirat in die Hauptsatzung aufnehmen zu lassen.

Es wird beantragt, der Beirat möge beschließen:

Der Behindertenbeirat der Stadt Wuppertal möchte institutionell verankert an den Beratungen des Jugendhilfeausschusses, des Werksausschusses des Gebäudemanagements, sowie der Ausschüsse für Kultur und Sport teilnehmen. Dazu wird der Vorstand beauftragt, mit den Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal ein Gespräch zu führen mit dem Ziel, dies im Rat der Stadt Wuppertal umzusetzen.

einstimmig

Zu TOP 7: Situation junger Pflegebedürftiger in Heimen

Ausgehend von der Beratung mit Herrn Dr. Kegel im Behindertenbeirat im letzten Jahr soll das Thema erneut aufgegriffen werden. Festgestellt wurde unter anderem, dass junge Pflegebedürftige aufgrund des Mangels an speziellen Einrichtungen überproportional in Einrichtungen untergebracht sind, in denen das Durchschnittsalter der anderen BewohnerInnen bei ca. 70 Jahren liegt.

In einem ersten Vorgespräch vor ca. 4 Wochen wurde daher beraten, einen Fragebogen zu entwickeln, der sowohl in den Alten- und Pflegeheimen, als auch in den Selbsthilfegruppen und weiteren Einrichtungen verteilt werden soll, um somit die Anzahl und die Altersstruktur der jungen Pflegebedürftigen (zwischen 18 und 60 Jahren) zu erfassen.

Zur altersadäquaten Unterbringung mangelt es an einer ausreichenden Zahl entsprechender Plätze.

Frau Krautmacher erteilt Bericht zum Thema. Die entsprechenden Folien sind dem Protokoll beigelegt.

Es wird beantragt, der Beirat möge beschließen:

Der Beirat erörtert das Problem mit der Fachgruppe Behinderungen und der Gesundheits- und Pflegekonferenz.

einstimmig

Zu TOP 8: Erstellung eines Papiers zur Pflegeberatungsstelle

Herr Schmidt-Hütter ist derzeit mit 30 Wochenstunden die einzige Fachkraft in der Pflegeberatungsstelle. Die Zukunft der Pflegeberatungsstelle soll diskutiert werden. Herr Dr. Kühn skizziert die Rahmenbedingungen: Im Gegensatz zum alten Landespflegegesetz, in dem die Existenz trägerunabhängiger Pflegeberatungsstellen festgeschrieben und durch eine Förderung des Landschaftsverbandes an die Kommunen unterstützt wurde, beschreibt das neue Gesetz zwar

weiterhin die Verpflichtung, entsprechende Beratungsstellen vorzuhalten, jedoch ohne Zuschüsse seitens des Landschaftsverbandes.

Aus diesem Grund konnte in Wuppertal die freigewordene (zweite) Stelle nicht neu besetzt werden, da zwar die Beratung, nicht jedoch ihr Umfang als Pflichtaufgabe anzusehen ist. Der Trägerrat, der in Wuppertal gebildet wurde, bezieht deutlich Position und stellt fest, dass in der derzeitigen personellen Ausstattung keine ausreichende, adäquate Beratung vorgehalten werden kann. Daher denkt der Trägerrat darüber nach, die ihm übertragene Aufgabe an die Kommune zurück geben.

Zur weiteren Perspektive existiert u.a. ein Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, der in der nächsten Sitzung des Trägerrates vorgestellt werden soll: Statt einer zentralen trägerunabhängigen Beratung soll ein Netzwerk der vorhandenen Pflegeeinrichtungen aufgebaut werden, in der jede Einrichtung - im Idealfall auch über die Angebote der anderen Träger – informiert. Somit sei der trägerunabhängige Aspekt sicher gestellt. Herr Schmidt-Hütter soll dann als Service-Person für das Netzwerk zur Verfügung stehen um dieses zu beraten. Der Trägerrat wird nach der Vorstellung dieses Plans sein weiteres Vorgehen beraten.

Derzeit existieren auch von Verwaltungsseite keine alternativen Vorschläge, wie die Situation verbessert werden kann. Die fachliche Beurteilung des Vorschlages obliegt dem Trägerrat, der danach die Gesundheits- und Pflegekonferenz um ein entsprechendes Votum bitten wird.

In NRW wurde ein Sonderprogramm aufgelegt, möglicherweise gelingt es, über diese Förderung Mittel für die Beratung in Wuppertal zu erhalten. In der anschließenden Diskussion wird der Anteil „trägerunabhängiger“ Beratungsanteile, auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung, kritisch gesehen.

Die Zukunft der Wohnberatung ist für Herrn Engels bei einer Dezentralisierung der Pflegeberatung nicht geklärt.

Die von ihm bevorzugte Lösung sieht er in der Gründung eines Vereins, der aus allen Anbietern bestehen sollte. Der Vorstand könnte die Aufgaben des jetzigen Trägerrates übernehmen, der Mitgliederversammlung den Vorstand kontrollieren.

Herr Dr. Kühn sieht die derzeit vordringliche Problematik nicht in einer fehlerhaften Struktur, sondern in dem Wegfall der bisherigen finanziellen Förderung. Insofern müssten seiner Ansicht nach die potentiellen Vereinsmitglieder auch über ihre Beiträge für die entstehenden Kosten – und somit einen erneuten Ausbau der Beratungskapazitäten – aufkommen. Er stellt die Frage nach Alternativen zum von der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege vorgelegten Konzeption.

Zum Zeitplan erläutert Herr Dr. Kühn, dass in einer ersten Beratung am 01.10. im Trägerrat die Konzeption besprochen wird, danach wird sie am 15.10. in die nächste Sitzung der Gesundheits- und Pflegekonferenz eingebracht werden. Durch die Teilnahme verschiedener Mitglieder des Behindertenbeirates an den verschiedenen beratenden Gremien hält er die Einbringung der soeben artikulierten Interessen des Beirates für gegeben. Eine fachlich kritische Diskussion in den Gremien vorausgesetzt, geht er davon aus, dass der Termin 01.01.04. zum Start der Umsetzung noch nicht fest ist.

Es wird beantragt, der Beirat möge beschließen:

Die Mitglieder des Beirates beauftragen den Vorstand, mit den Beteiligten ein entsprechendes Papier zu entwickeln.

einstimmig

Zu TOP 9: Beratungsstelle für Eltern behinderter Kinder

Herr Engels erläutert den Vorlauf dieses Tagesordnungspunktes:

Nachdem in der vorletzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses die Fragestellung nicht abschließend geklärt werden konnte, wurde inzwischen in weiteren Gesprächen mit Teilnehmer/-innen des Fachbereiches „Hilfen für ältere kranke und behinderte Menschen“ eine Lösung in Aussicht gestellt.

Herr Dr. Kühn informiert, dass es durch eine Umstrukturierung innerhalb des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste gelungen ist, einen Schwerpunkt auf die seit langem geforderte Beratungsstelle zu legen. Eine halbe Stelle konnte zu diesem Zweck freigesetzt werden, sie wird an die Fürsorgestelle für Schwerbehinderte, die dann in Fürsorgestelle / Beratungsstelle für behinderte Kinder und Jugendliche und deren Eltern umbenannt werden wird, angegliedert.

Herr Temme ergänzt, dass zusätzlich zu der halben Stelle weitere Ressourcen durch die Mitarbeiter/-innen der bisherigen Fürsorgestelle für Schwerbehinderte zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Kühn ergänzt zum Thema „Integrativer Unterricht“, dass über die Eingliederungshilfe Hilfen für betroffene Kinder und Jugendliche wahrgenommen werden können, nachdem eine Finanzierung aus dem Schulbudget gescheitert ist. Diese Variante erfordert allerdings eine Prüfung und Bescheiderteilung im Einzelfall. Einzelne Maßnahmen lassen sich durch die Eltern bündeln. Der Behindertenbeirat begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich.

Zu TOP 10: Einsatz von Sozialhilfeempfänger/-innen für den Behindertenfahrdienst im Rahmen gemeinnütziger Arbeit

Aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss existiert eine ausführliche Antwort auf die Anfrage der CDU. Herr Engels erläutert die Problematik der fehlenden Kräfte zur Besetzung der Fahrzeuge. Aus diesem Grund bestehen verschiedene Überlegungen auf welche Weise für ausreichendes Personal gesorgt werden kann, z. B. durch den Einsatz von Sozialhilfeempfänger/-innen die bereits in den entsprechenden Einrichtungen arbeiten. Hierbei werfen sich u. a. versicherungsrechtliche Fragen auf. Für die Mitglieder des Behindertenbeirates fallen unter den Begriff „gemeinnützig“ sowohl ehrenamtliche Tätigkeiten als auch Aufgaben die im Rahmen eines geringen Zuverdienstes geleistet werden. Herr Temme macht deutlich, dass im Rahmen der Sozialhilfegewährung mit „gemeinnütziger Arbeit“ ausschließlich die zweite Variante bezeichnet wird.

Frau Dahlheim weist darauf hin, dass nicht jede/r Sozialhilfeempfänger/-in für diese Aufgabe geeignet erscheint.

Es wird beantragt, der Beirat möge beschließen:

Der Behindertenbeirat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob Sozialhilfeempfänger/-innen im Rahmen gemeinnütziger Arbeit für den Behindertenfahrdienst eingesetzt werden können.

einstimmig

Zu TOP 11: Toiletten mit behindertengerechtem Schließsystem

Herr Werner führt aus, dass es derzeit im Infozentrum am Döppersberg keine Schlüssel mehr für die behindertengerechten Toiletten gibt. Früher hat sich der CBF um die Nachbestellung gekümmert, zwischenzeitlich hat sich der Wuppertaler Behindertenrat e. V. der Sache angenommen. Eine andere Lösung wird jedoch angestrebt. Zum Beispiel ist eine Übertragung des Aufgabengebiets auf das Gebäudemanagement Wuppertal vorgeschlagen worden. Schlüssel könnten an den Pforten des Verwaltungsgebäudes Neumarkt bzw. des Rathauses hinterlegt und dort verkauft werden. Zusätzlich soll die Anlaufstelle am Döppersberg (Infozentrum) erhalten bleiben. Herr Hansen berichtet von weiteren Gesprächen zwischen der Färberei, dem Infozentrum und weiteren Beteiligten, Herr Engels wird den für ihn neuen Sachständen nachgehen.

Es wird beantragt, der Beirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt abzuklären, ob eine Übertragung der Bestellung auf das Gebäudemanagement und eine Übertragung des Verkaufs auf die Pfortner/-innen des Rathauses bzw. des Verwaltungshauses Neumarkt möglich ist.

einstimmig

Zu TOP 12: Antrag an das GMW zur Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für EURO-Schlüssel

Mit TOP 11 beraten.

Zu TOP 13: Situation der Grundsicherung in Wuppertal

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Zu TOP 14: Gesprächsprotokoll WSW, Behindertenbeirat und Behindertenbeauftragte vom 06.08.2003

Das Gesprächsprotokoll liegt allen Beteiligten vor.

Frau Dahlheim informiert noch einmal über den gesetzlichen Hintergrund und schildert die eingeleiteten Handlungsschritte des Landes NRW. Durch die Gesetzeslage ergibt sich die Verpflichtung der Betreiber/-innen von Straßen, ÖPNV usw. mit dem Behindertenbeirat bzw. der Behindertenbeauftragten Vereinbarungen abzuschließen.

Zusätzlich ergibt sich die Möglichkeit, Forderungen an die Betreiber/-innen heranzutragen. Herr Werner stellt heraus, dass entsprechende Anfragen direkt an den Behindertenbeirat zu richten sind, da dieser die Entscheidungshoheit habe. Ausdrücklich stellt er dar, dass hier nicht die Entscheidung der Verwaltung maßgeblich ist. Herr Cramer macht deutlich, dass seit Jahren bestehenden Forderungen, wie z.B. die Ansage von Stationen in Bussen und Schwebelbahnen, bislang nicht erfüllt wurden und fordert nachdrücklich Einsatz in diesem Bereich. Frau Dahlheim widerspricht deutlich und stellt heraus, dass diese Frage WSW intern längst geklärt ist. Das Problem sieht sie bei einzelnen Fahrerinnen und Fahrern die dieser Verpflichtung nicht nachkommen. Hierin sieht sie die Aufgabe des Behindertenbeirates und Behindertenbeauftragten diese Problematik weiterhin an die WSW heranzutragen. Zum von Herrn Cramer gewünschten Wegweiser für Behinderte auf Kassette bittet sie um Geduld, da sich die Fachgruppe Behinderungen erst kürzlich konstituiert hat und auch Frau Dahlheim erst kurze Zeit Behindertenbeauftragte ist. Auch in der Fachgruppe ist dieses Thema bereits angesprochen worden.

Zu Sparkassenautomaten berichtet Frau Dahlheim, dass über die vom Blindenverein vorgetragene Probleme heute gesprochen wurde. Offensichtlich gibt es in allen drei Fällen Probleme mit der Informationsübermittlung.

Zur behindertengerechten Ausstattung der Sparkassen Geschäftsstellen bittet Frau Dahlheim die Verbände analog zu den anderen Absprachen eine Checkliste zu erstellen, worauf es im Umgang mit dem Kreditinstitut oder der Bank ankommt. Nach Erstellung der Checkliste soll diese mit den Verbänden und im Behindertenbeirat rückgekoppelt werden. Anschließend sollen die 38 Geschäftsstellen der Sparkasse auf ihre Behindertengerechtigkeit überprüft werden.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die von Frau Dahlheim vorgetragene Argumentation der Stadtparkasse den Mitgliedern des Behindertenbeirates als nicht ausreichend erscheint, insbesondere die Erreichbarkeit von Automaten wird problematisiert. Es wird vereinbart, die von Frau Dahlheim vorgeschlagene Checkliste zu erstellen und dort die Belange von Menschen mit den verschiedensten Arten von Behinderungen zu bündeln.

Zu TOP 15: Bauvorhaben

Herr Werner nimmt bereits seit geraumer Zeit Termine mit dem Gebäudemanagement wahr, um bei Bau- und Umbauvorhaben die Belange des Behindertenbeirates einzubringen. Er berichtet von einem Neubauvorhaben eines Kindergartens an der Ferdinand-Lassalle-Straße und den Erfordernissen für behinderte Menschen: Bei der Planung werden ihm Pläne vorgestellt, er muss jedoch in jedem Einzelfall auf alle Erfordernisse einzeln eingehen und hinweisen, diese Verfahrensweise ist sehr Zeitaufwändig.

Zu einem Termin zum Umbauvorhaben Döppersberg wurde Frau Dahlheim kurzfristig eingeladen, war jedoch verhindert. Herr Engels konnte nur eine halbe Stunde teilnehmen und hat gegenüber Herrn Stoll (verantwortlicher Mitarbeiter bei der Verwaltung für den Umbau) sein Missfallen und das der Frau Dahlheim über die Kurzfristigkeit der Terminierung deutlich gemacht. Herr Stoll hat zugesagt, zukünftig frühzeitiger zu informieren.

Herr Engels schlägt zudem vor, einen Termin in der Färberei für die Mitglieder des Behindertenbeirates mit den ausführenden Stellen der Verwaltung zu vereinbaren, um gezielt über die Planungen zu informieren.

Ein weiteres Bauvorhaben ist die „Comödie“ am Karlsplatz. Zur Überwindung der drei Stufen wurde eine Rampe angeschafft, diese wird auf der Toilette aufbewahrt. Handfahrer benötigen Hilfestellung. Es gibt zwei Extraplätze für Rollstuhlfahrer im Theater sowie zwei Parkplätze für Rollstuhlfahrer. Die (vorhandene) behindertengerechte Toilette im ehemaligen Akzenta-Parkhaus wird mit einem neuen Schloss versehen und ist weiter nutzbar.

Zum Umbau City-Kirche kann festgestellt werden dass der linke Eingang mit einer Rampe versehen wird. Eine weitere Rampe ist vom Ressort für Straßen und Verkehr nicht genehmigt worden (ragte zu weit in die Zufahrt). Bei weiteren Bauvorhaben der Kirche wird der Behindertenbeirat im Vorfeld angesprochen.

Zu Bauvorhaben im Allgemeinen ergänzt Frau Dahlheim, dass es für das Gebäudemanagement bei Umbau oder Neubau selbstverständlich ist, den Behindertenbeirat bzw. die Behindertenbeauftragte einzubeziehen und die Checkliste abzurufen. Bei Maßnahmen am Altbestand gibt es unterschiedliche Gangarten.

Herr Engels schildert den Stand der Umbauten am Schauspielhaus bezogen auf barrierefreie Zugänge und informiert über einen anstehenden Ortstermin.

Zu TOP 16: Umgestaltung der B 7, IV. Bauabschnitt (historischer Teil)

Herr Engels informiert anhand der vorliegenden Drucksache, dass die Angelegenheit durch den Behindertenbeirat weiter verfolgt wird.

Ein Beschluss erfolgt nicht.

Zu TOP 17: Neueinrichtung einer Haltestellenposition „Döringstraße“ in der Varresbecker Straße

Herr Engels berichtet, dass die Bezirksvertretung Elberfeld-West dem Vorschlag mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt hat. Der Umbau wird daher behindertengerecht erfolgen.

Ein Beschluss erfolgt nicht.

Zu TOP 18: Berichte aus den Gremien

a) Strategische Steuerung

Herr Engels berichtet von einem Gespräch mit Frau Simon anlässlich der Ausschusssitzung, dass bislang „Menschen mit Behinderungen“ nicht Bestandteil der Strategischen Steuerung sind. Laut Beschluss des Geschäftsbereichsausschusses Soziales und Gesundheit wird dieser Personenkreis in der nächsten Auflage der Strategischen Steuerung Berücksichtigung finden.

b) Referat Herr Hanke zur Pflege in Wuppertal

Das Referat, das von Herrn Hanke ebenfalls im Geschäftsbereichsausschuss gehalten wurde, liegt dem Behindertenbeirat im Wortlaut vor.

c) Projektvorstellungen bezüglich barrierefreier Bauweise

Herr Engels informiert, dass durch Herrn Werner noch einmal über den Themenkomplex berichtet wurde.

Zu TOP 19: Berichte der Verwaltung

- Frau Dahlheim informiert, dass im Bereich der Menschen mit psychischen Erkrankungen / seelischen Behinderungen eine Veranstaltungsreihe mit der Volkshochschule in der Auer Schulstraße stattfindet, diese Reihe soll auch im neuen Jahr fortgesetzt werden.

Analoge Reihen können selbstverständlich auch für Menschen mit anderen Behinderungsformen durchgeführt werden, Frau Dahlheim gibt eine Information in Umlauf.

- Herr Temme berichtet über den Förderpreis des Förderkreises Integration und gibt die Rahmendaten bzw. die Besetzung der Jury bekannt. Entsprechende Veröffentlichungen in der Presse werden folgen.
- Herr Engels macht auf einen Termin am 08.10.03, 12.00 Uhr, Treffpunkt Hauptbahnhof Düsseldorf, Gleis 13, aufmerksam. Unter Beteiligung von VertreterInnen aus Remscheid und Solingen, der WSW, verschiedener Verkehrsausschüsse, Medien und anderer wird eine S-Bahn-Fahrt nach Wuppertal stattfinden, auf der Probleme von Menschen mit Behinderungen thematisiert werden sollen.

Herr Engels bittet um zahlreiches Erscheinen am Bahnhof in Elberfeld, die Ankunft dort wird gegen $\frac{1}{4}$ v. 1 erfolgen.

Bereits in der Diskussion wird auf die Problematik der fehlenden Ansagen aufmerksam gemacht. Der Termin soll über die Pressekonferenz des Oberbürgermeisters beworben werden, um die Aufmerksamkeit der Medien zu wecken.

Am 01.10.03. findet mit dem Ingenieurbüro Spieckermann ein Termin statt. Das Büro hat den Auftrag erhalten, die S-Bahn-Strecke Mettmann-Vohwinkel in Augenschein zu nehmen und wird den Behindertenbeiräten Mettmann und Wuppertal ein Konzept vorstellen.

Zu TOP 20: Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Engels

Dr. Kühn

Temme

Anlagen

Anwesenheitsliste

Folien: Frau Krautmacher